

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zl.
mit Zustellgeld 3.80 zl. Bei Postbezug monatl. 3.89 zl.
vierteljährlich 11.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 7.50 zl. Danzig
2.50 gr., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung etc.) hat der Bezieher keinen Anspruch
auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeter-
zeile im Reklameteil 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 gr. Pf.
Deutschland 10 bzw. 70 gr. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Blät-
terchrist u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen
schriftlich erbeten. — Öffertenzgebühr 100 gr. — Für das Erreichen der An-
zeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.
Postlesekonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 296

Bromberg, Sonnabend, den 29. Dezember 1934

58. Jahrg.

Altes und Neues.

Hitlers „Mein Kampf“ freigegeben oder nicht?

Die Frage, ob das grundlegende Werk des Führers des deutschen Volkes Adolf Hitler „Mein Kampf“ für den Buchhandel in Polen freigegeben worden ist oder nicht, ist noch immer ungeklärt. Während in den Wojewodschaften Oberschlesien, Pommerellen und Warschau das Buch zu haben ist, ist es in den Wojewodschaften Posen und Łódź noch immer verboten. Diese Verschiedenartigkeit der Behandlung einer Frage muss Verwunderung hervorrufen. Es ist unverständlich, daß es in einem Lande, in dem die Gesetze von den Zentralbehörden für alle Wojewodschaften erlassen werden, gewissermaßen Ausnahmebestimmungen in einzelnen Gebieten geben soll. Wie aus Posen berichtet wird, hat die dortige Wojewodschaft nach wie vor die Auskunft gegeben, daß das Buch Adolf Hitlers noch nicht freigegeben worden ist. Auch die Burgstaroste in Bromberg gibt nach wie vor die gleiche Auskunft. Wie schon eingangs erwähnt, bildet die Posener Wojewodschaft ebenso wie die Wojewodschaft Łódź eine Ausnahme in dieser Beziehung.

In diesem Zusammenhang dürfte folgende Meldung interessieren, die der polnischen Telegraphen-Agentur aus Paris zugegangen ist:

Während der Unterredungen, die zwischen Vertretern der ehemaligen französischen Frontkämpfer mit dem Reichskanzler Hitler geführt wurden, sollen die französischen Vertreter die Aufmerksamkeit des Kanzlers darauf gelenkt haben, daß die in seinem „Mein Kampf“ enthaltenen Angriffe auf Frankreich ein ernstes Hindernis für die Entwicklung der deutsch-französischen Gespräche bilden.

Der Berliner Korrespondent des „Journal“ behauptet, daß infolge dieses Meinungsaustausches eine eventuelle Verständigung in dieser höchst delikaten Frage vorgesehen sei. Reichskanzler Hitler soll die Absicht haben, nach der Saarabstimmung eine große Rede zu halten, und auf diese Weise die diplomatischen Gespräche einzuleiten, die im Zusammenhang mit der Abrüstung stehen. Reichskanzler Hitler soll bei dieser Gelegenheit erklärt haben, daß das Buch „Mein Kampf“ während seines Aufenthalts im Gefängnis in den Jahren 1928/24 geschrieben worden sei, daß sich aber seit dieser Zeit vieles geändert habe, so daß keine Veranlassung vorliege, heute diese Urteile über Frankreich aufrecht zu erhalten, die im Jahre 1928 gefällt worden sind. Das Frankreich vom Jahre 1934 sei ein anderes, neues, mit dem das neue Deutschland sich hervorragend verständigen könnte. Derartige Meldungen sind, nach dem Korrespondenten des „Journal“, in den Berliner politischen Kreisen, besonders in denselben in Umlauf, die bei den letzten Gesprächen zwischen den ehemaligen Frontkämpfern auftreten waren.

In einer weiteren Meldung, welche die amtliche Polnische Telegraphen-Agentur aus Berlin verbreitet, heißt es: „Aus gut informierten Kreisen wird gemeldet, daß Vorbereitungen für eine neue abgeänderte Ausgabe der Autobiographie Hitlers „Mein Kampf“ getroffen werden. In der neuen Ausgabe dieses Werkes sollen alle jene Stellen gestrichen werden, die bis jetzt den Unwillen des Auslands hervorgerufen haben.“

Wir geben diese Meldungen mit Vorbehalt wieder. Daß der Führer schon das Frankreich von 1934 als ein „neues“ bezeichnet haben sollte, ist nicht anzunehmen.

Herr Benesch schreibt einen Weihnachtsartikel.

Herr Dr. Eduard Benesch hat in der Weihnachtsnummer der „Prager Presse“ einen umfangreichen Leitartikel erscheinen lassen, in dem zwar von Hoffnung, Mut und Vertrauen die Rede ist, der aber trotzdem den bitteren Geschmack des Gläschens Wermut verrät, den manche Staatsmänner heute zum Weihnachtskarpfen trinken müssen. Herr Benesch ist bekanntlich im Hauptberuf Außenminister der Tschechoslowakei und im Nebenberuf außerordentlicher Gesandter der französischen Republik. Beides nach demokratischem Muster, und dieses Muster ist nicht mehr modern.

Daneben freut sich der kluge Mann über die Kleine Entente, über die Balkan-Entente und über die Baltische Entente. Auch die Zeit der Ententen ist vorbei. Von der „Großen“ spricht man nur noch mit einem gewissen Gruseln in Geschichtsbüchern und die „Kleinen“ erscheinen höchstens noch in Weihnachts- und Neujahrsübersichten. Nur der Photograph nimmt sie ernst, der nach dem Abschluß eines solchen Manövers an den Schöpfern dieser Serienwerke leichtsinniger etwas verdienen kann. Herr Benesch ist immer dabei, wie das große Frankreich, das hinter ihm steht. Manchmal präsentiert er sich im Vordergrund, manchmal wird er im Hintergrund durch Gestalten verdeckt, die länger, aber trotzdem nicht größer sind als er.

Heute schließt man keine Ententen mehr, hente macht man in Balken. Auch bei dieser Mode gibt es Gläubige und Ungläubige. Trotzdem: Pakte sind ehrlicher, weil zeitlich begrenzter. Sie gleichen einer Sowjetrehe. Auch Frankreich gewöhnt sich an solche Sowjetrehe, was übrigens Herr Benesch in seinem Weihnachtsartikel laut zu rühmen weiß. Wir wollen daran keinen Anstoß nehmen; denn vor den Franzosen hat es schon andere Moskau-Pilger gegeben.

Woher aber muß sich jeder Zeitgenosse darüber wundern, daß Herr Benesch „das zielbewußte und systematische Stre-

ben Deutschlands“ tadelst, „sich ohne Rücksicht auf die Verpflichtungen der Verträge und ohne Rücksicht auf die von der Abrüstungs-Konferenz verfolgten Prinzipien die geforderte Rüstungs-Gleichberechtigung zu nehmen, das ist: via facti in einer schwer kontrollierbaren Weise und den eigenen politischen Zielen entsprechend auszurüsten“. Uns will scheinen, den Tadel verdient die Abrüstungs-Konferenz und der andere vielfältige Partner von Versailles, der dem abgerüsteten Deutschland gegenüber sein Abrüstungsversprechen nicht gehalten hat. Das treffliche Gedicht des seligen Wilhelm Busch vom Igel und dem Fuchs, das Rudolf Hess in

seiner Weihnachtsbotschaft an die Auslandsdeutschen zitierte, sollte sich Herr Benesch in sein politisches Stammbuch schreiben.

Auch die Tschechen, die der tschechische Außenminister über den Revisionismus vergiebt, erwarten kein internationales Beileid. Einmal sind die Tschechen im Revisionismus ein mündiges Volk geworden. Sodann haben sie viele Gelegenheiten versäumt, um den Revisionismus via facti: das heißt durch Gewährung einer wirklichen Gleichberechtigung auf Eis zu legen.

Weihnachtsbotschaft des Papstes.

In der Aula des Konsistoriums nahm der Papst am Heiligen Abend in Gegenwart der Erzbischöfe, Bischöfe und Prälaten sowie seines Hofstaates die Weihnachtsglückwünsche des versammelten Kardinalkollegiums entgegen, die Kardinal Granito Pignotelli di Belmonte überbrachte. Ausgehend vom Heiligen Jahr, dem Eucharistischen Kongress in Buenos Aires und dem Internationalen Kirchenrechtstag in Rom, schloß der Redner mit dem Gebet, Christus wolle von den Nationen alles fernhalten, was das väterliche Herz des Papstes zu kränken vermöchte.

Papst Pius XI. dankte in sehr herzlichen Worten und gedachte in seiner Rede des Heiligen Jahres. Das Jubiläum der Erlösung sei um so bedeutsamer gewesen, als gerade jetzt in der ganzen Welt Strömungen ausgebrochen seien, die der Erlösung feindlich sind, ja, die nach 1900 Jahren christlichen Lebens und christlichen Heiles das Heidentum proklamieren in moralischer, sozialer und staatlicher Hinsicht. Vor Angst befürchte man, daß gerade Gottes Güte zur Gerechtigkeit werden könne und auch jene Seelen erreiche, die in einem Todesschlaf der Gleichgültigkeit versunken seien. Die Ehrungen beim Eucharistischen Weltkongress hätten einen Trost bedeutet, weil sie bemüht gewesen seien, ein wenig von dem gutzumachen, was Christus im Sakrament an schweren Beleidigungen heute aufgesetzt werde, an geradezu hässlichen Repressalien.

Die Glorifizierung des Rechts im Weltkongress sei um so wichtiger, da man von einem Recht der Masse und einem Recht der Nationalität heute sprechen wolle, als ob Recht und Gerechtigkeit sich auf Sonderberechtigungen gründen könnten. Die Gerechtigkeit sei berufen, zu urteilen, wie es schon der heidnischen Seele eines Cicero Geist und guter Will eingegeben hatten. Es sei nicht das Recht, das die Gerechtigkeit schaffe, sondern die Gerechtigkeit schaffe das Gesetz. Wenn das Heiligtum von Loreto hente wieder der Kirche zurückgegeben worden sei, so müsse man das als ein gutes Zeichen ansehen. Heute wie zur Zeit der Geburt des Erlösers sei der Ruf „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede den Menschen auf Erden“ verlassen, unser Gebet zu sein. Möge es doch wahr sein, daß die Rüstungen alserorts dazu dienen, den Frieden zu sichern. Laßt uns für den Frieden beten. Sollte jedoch irgendwer den Krieg dem Frieden vorziehen, dann müssen wir zum Herrgott beten: „Treibe die Völker zu Paaren, die den Krieg wollen. Im Herzen und auf den Lippen wollen wir aber das andere Gebet bewahren und als Gegenwunsch euren Glückwünschen bringen, „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede den Menschen auf Erden“.

Das Kardinalskollegium und die hohen kirchlichen Würdenträger wurden daraufhin einzeln zum Handkuss zugelassen.

Neue Kräftegruppierung in Europa.

Eine Stimme aus dem polnischen Regierungslager, die für die polnische Unterzeichnung des Ostpakts eintritt.

Der Warschauer „Gaz“^a, das früher in Krakau ansässige Organ des konservativen Flügels im Regierungslager, beschäftigt sich in einem Aufsatz mit der Frage, ob eine neue Umgruppierung der Kräfte in Europa bevorstehe und kommt nach einem allgemeinen Abriß der europäischen Gesamtlage zu folgenden Schlüssen:

Der gefährliche Plan des Ministers Barthou, der auf der Isolierung Deutschlands und Polens beruhte, wurde, nachdem diese beiden Staaten den Ostpaktplan in seiner ursprünglichen Form nicht angenommen hatten, mit dem tragischen Tode des französischen Ministers durchgestrichen. Aus der Verwirrung, die sich in Europa nach dem Marseiller Attentat herausgebildet hat, hat sich eine neue Konstellation bis jetzt nicht ergeben. Aber es sind bereits gewisse Anzeichen, die die Voraussicht gestatten, in welcher Richtung sich die Kräftegruppierung Europas bewegen wird, vielmehr in welcher Richtung sie sich bewegen müßte, da immer unvorhergesehene Ereignisse eintreten können, welche die europäische Politik auf andere Wege leiten könnten.

Diese Umgruppierung müßte auf der Achse Moskau-Warschau-Berlin-Paris vollzogen werden.

Noch von der Zeit des Ministers Barthou her ist die Auflösung einer mehr oder weniger engen französisch-russischen Zusammenarbeit geblieben, die in gerader Linie zu dem Bündnis dieser beiden Staaten führte. Der Marseiller Mord und die Übernahme der Leitung der französischen Außenpolitik durch Laval hat diesen Faden zerriß. Der neue Minister ist sich darüber klar geworden,

dass England dieser gegenseitige Flirt nicht angenehmen will. Das Ziel dieses Spiels war, wie schon vorhin gesagt, die Isolierung Deutschlands und Polens. Laval gilt aber allgemein als Anhänger einer

direkten Verständigung Frankreichs mit Berlin,

so daß der Plan der Isolierung Deutschlands und damit auch Polens aufgegeben werden mußte. Das französisch-sowjetische Bündnis wurde nicht allein überflüssig, sondern in Anbetracht der Antipathie Englands sogar für Frankreich selbst unbedeutend. Da jedoch der Quai d'Orsay nicht von vornherein voraussehen kann, welchen Erfolg die direkten Unterredungen mit Berlin haben werden, hat sich Laval eine Tür nach Moskau in der Form des abgeänderten Ostpaktes offen gelassen. Der Ostpakt-Plan wurde durch den Quai d'Orsay lediglich infolge der Einmündung Polens abgeändert. Dies deutet davon, daß der Leiter der französischen Außenpolitik sich bemüht, die Zusammenarbeit mit Polen entgegen den letzten Absichten seines Vorgängers aufrecht zu erhalten. Damit sind die Voraussetzungen in bezug auf Moskau und Warschau gegeben; es bleibt noch die dritte Voraussetzung, und zwar die in bezug auf Berlin übrig.

Eingeweihte behaupten, daß der Deputierte Goy, dessen Unterredung mit dem Kanzler Hitler unlängst soviel Lärm in Frankreich verursacht hat, sich auf ausdrücklichen Wunsch Laval's nach Berlin begeben hätte und daß auf seinen ausdrücklichen Wunsch die Unterredung des Deputierten Goy mit Hitler im „Matin“ veröffentlicht wurde.

Bekanntlich hat diese ganze Geschichte fast zu einem Duell zwischen dem bekannten deutschfeindlichen Deputierten Franklin-Bouillon und dem Abgeordneten Goy geführt. Im Zusammenhang damit erschien Anfang Dezember eine Reihe von Erklärungen der ehemaligen französischen Frontkämpfer, die sich auf der Linie einer deutsch-französischen Verständigung, eventuell sogar unter Ausschluß der Diplomaten, bewegten. Es scheint jedoch, daß diese Unterredungen der ehemaligen Frontkämpfer diesseits und jenseits des Rheins die Aufgabe haben, nur den Boden für die Gespräche mit Laval vorzubereiten, der selbst eine Verständigung mit Deutschland anstrebt. Seine überaus glückliche Lösung der Frage der Saarabstimmung in der letzten Sitzung des Bölkerrundballs deutet davon, daß er sich bewußt um die Glättung aller Reibungen zwischen den beiden Staaten bemüht. Die endgültige Lösung des Saarproblems aber wird, sofern sie ohne Komplikationen erfolgt, die gegenseitige deutsch-französische Verständigung erleichtern.

Prozeß-Öffnung in Moskau.

London, 28. Dezember. (Eigene Meldung.) Soeben wurde in Moskau an der Prozeß gegen den Mörder des Sowjetfunktionärs Kirow, den Kommunisten Nikolajew, und seine ermordeten Hintermänner eröffnet. Die Öffentlichkeit wurde ausgeschlossen. Auch die Vertreter der ausländischen und der Sowjetpressen mußten das Gerichtsgebäude verlassen. Wie der Vertreter einer englischen Zeitung erzählte, wurden die Angeklagten an Händen und Füßen gefesselt in den Saal geschleppt. Nikolajew erklärte stolz, daß er Russland von einem Nutzen befreit habe, und daß seiner Tat hoffentlich bald andere folgen würden. Er machte einen ausgesprochen fröhlichen Eindruck und stimmte wiederholt russische Lieder an.

